

**Besprechung des Bundeskanzlers
mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 25. Juni 2026 in Berlin**

Beschluss

TOP 8 Visa- und Aufenthaltserlaubnisverfahren internationaler Studierender und Forschender

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

Die Gewinnung internationaler Studierender und Forschender ist von zentraler Bedeutung für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Deutschland. Vor diesem Hintergrund kommt der Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Einreise und Aufenthalt internationaler Studierender und Forschender eine große Bedeutung zu.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen daher folgenden Beschluss:

1. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den von der Arbeitsgruppe „Visa- und Aufenthaltserlaubnisverfahren internationaler Forschender und Studierender“ (AG VisA) übersandten Zwischenbericht vom 30.04.2026 zur Kenntnis und begrüßen die dort zusammengefassten Vorschläge. Diese gilt es nun kurzfristig in Abstimmung zwischen Bund und Ländern und Wissenschaftseinrichtungen umzusetzen.
2. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die zuständigen Fachministerkonferenzen und die beteiligten Bundesressorts auf, die Visa-Vergabe für Fachkräfte aus der Wissenschaft und für Studierende weiter zu vereinfachen. Dies umfasst insbesondere auch die Verbesserung der Kongruenz zwischen den Hochschulzulassungsverfahren (und

**Besprechung des Bundeskanzlers
mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 25. Juni 2026 in Berlin**

dazugehörige Zulassungsbescheide) und den Visaantragsverfahren, beispielsweise indem die Dokumentation der Feststellungen der Hochschulen zu Sprachkenntnissen stärker auf die rechtlichen Anforderungen im Visaverfahren ausgerichtet werden.

3. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die zuständigen Fachministerkonferenzen der Länder und die zuständigen Bundesressorts im Rahmen der AG VisA über die bereits vorliegenden Vorschläge hinaus weiterhin darauf hinzuwirken, Hürden in dem Zusammenspiel zwischen Visaverfahren und Hochschulzulassungsverfahren effektiv und nachhaltig zu beseitigen. Um einen erneuten Bericht zur Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Frühjahr 2027 wird gebeten.